

### Dringliche Anfrage

Hannover, den 26.04.2021

Fraktion der FDP

#### **Die deutsche Landwirtschaft - gefangen zwischen Landidyll und Überlebenskampf?**

Umfragen belegen, dass die Mehrheit der deutschen Bevölkerung sich überwiegend eine bäuerlich strukturierte Landwirtschaft und regional produzierte Lebensmittel ohne lange Transportwege wünscht. In unserer Gesellschaft genießen Natur- und Umweltschutz, Tierschutz, Gewässer- und Klimaschutz einen höheren Stellenwert als in vielen anderen Teilen der Welt. Für die Landwirte bedeuten diese Ziele allerdings einen Mehraufwand, der vielfach nicht entlohnt wird.

Die deutschen Landwirte sind in den letzten Jahren mit politischen Maßnahmen konfrontiert worden, die den Strukturbruch in der Landwirtschaft mit negativen Folgen für den ländlichen Raum bestärken. Zu nennen sind hier beispielsweise das Klimapaket, die Düngeverordnung oder das Insektenschutzpaket. Zahlreiche neue Beschlüsse und Verschärfungen, die oft keine wissenschaftliche Grundlage haben, machen umfangreiche Neuinvestitionen der Betriebsinhaber erforderlich. Auch die neuen GAP-Vorschläge sehen finanzielle Belastungen und Einbußen für die landwirtschaftlichen Betriebe vor. Als eine Folge dieser sich verschlechternden Aussichten finden immer weniger Landwirte einen Hofnachfolger, und das Höfesterben im ländlichen Raum beschleunigt sich. In den letzten zwanzig Jahren hat sich die Zahl der Höfe halbiert, und das Tempo wird in jüngster Zeit noch weiter verschärft.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wieviel Strukturwandel durch Hofaufgaben innerhalb einer Generation hält die Landesregierung unter Einbeziehung der Neugestaltung der GAP für vertretbar? Bitte auf Zehnerschritte gerundet angeben: 10, 20, 30, 40, 50 oder mehr Prozent?
2. Plant die Landesregierung einen Antrag zur Anpassung der Pflanzenschutzanwendungsverordnung in den Bundesrat einzubringen, damit eine kongruente Fassung zu den niedersächsischen Regelungen zum Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in Schutzgebieten und entlang von Gewässern sowie deren gesetzlich verankerten Ausgleichspflichten gefunden wird?
3. Wie und bis wann will die Landesregierung sicherstellen, dass auch in Niedersachsen das Verursacherprinzip bei der Verhängung von Düngungsrestriktionen als Grundlage angewendet wird?

(Verteilt am 26.04.2021)